JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Doppel-Nummer 45/46	25. Juli 1919	כ"ז תמוז תרע"ט	Preis 50 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Annahme der zionistischen Forderungen durch die Friedenskonferenz.

Der Londoner Korrespondent des Jüdischen Pressbüros, Stockholm, erfährt aus zuverlässigen Quellen, dass die zionistischen Vorschläge inbezug auf Palästina von der Friedenskonferenz mit ganz leichten Abänderungen angenommen worden sind.

Die amerikanische Pogrom-Untersuchungskommission.

„Dos Judisze Folk" (Warschau) berichtet: Der Arbeitsplan der aus 12 Personen bestehenden Kommission ist noch in Paris ausgearbeitet worden und umfasst ein weites Gebiet. Die Kommission wird sich nicht auf die Ausforschung der polnischen Pogrome beschränken, sondern auch gründlichst die ganze jüdische Frage in Polen studieren. Paderewski hat dem Aussenministerium die Weisung erteilt, der Kommission die Arbeit auf alle mögliche Weise zu erleichtern. Alle Ministerien und andere Amtsstellen erhielten den Auftrag, alles in ihren Händen sich befindende Material, das mit der Judenfrage zusammenhängt, der Kommission zur Verfügung zu stellen. Mit den Vorbereitungsarbeiten beschäftigt sich seitens des Aussenministeriums der Führer des sog. englischen Referates, Zóltowski, und der jetzige Leiter des jüdischen Referates in der politischen Abteilung des Aussenmisteriums, Wolowski. Eine grössere Zahl jüdischer Politiker oder im öffentlichen Leben bekannter Juden, die den verschiedensten Parteien angehören, wurde eingeladen, an den Konferenzen, die das Aussenministerium zu organisieren beabsichtigt, teilzunehmen. Ausserdem wurden viele Vertreter polnischer politischer Parteien, der verschiedenen Ministerien, des statistischen Amtes, des polnischen Bureaus für gesellschaftliche Arbeit u. s. w., eingeladen. Die Kommission wird sich beschäftigen mit dem Studium der Geschichte der polnisch-jüdischen Beziehungen, mit der Frage der Organisation der jüdischen Gemeinden, mit der ökonomischen Lage der Juden in Polen, mit jüdischer Statistik etc. Zu jeder Frage wird eine ganze Reihe von Konferenzen einberufen, an denen Vertreter der jüdischen und polnischen Parteien wie auch entsprechende Sachverständige teilnehmen werden. Die Anordnung und die Teilnehmer dieser Konferenzen wird die Kommission von sich aus selbstständig bestimmen, und das Aussenministerium leitet — wie es versichert — nur die Vorbereitungsarbeiten. Später wird die Kommission in ihrem Handeln vollständig frei sein und nach eigener Wahl ihre Mitarbeiter, Experten und Informatoren bestimmen. Die Kommission wird auch ungestört und ohne jede Vermittlung des Aussenministeriums mit den jüdischen politischen Parteien im Verkehr stehen.

— In einer offiziellen Begrüssung versucht die Poln. Tel. Ag. die Kommission den Polen mundgerecht zu machen, indem sie auf die Wohltaten verweist, die Amerika den Polen erwiesen hat und auch fernerhin erweisen wird. Die Notwendigkeit Polen zu stärken, dass es im Stande sein soll, den bolschewistischen Einflüssen Widerstand zu leisten und anderseits die Intrigen gewisser preussischer Elemente zu bekämpfen ist so klar, dass die Kommission sicher sein kann, dass alle Klassen in Polen ihre früheren und jetzigen Streitigkeiten vergessen werden um patriotisch mitzuwirken, an der Verwirklichung ihres Hauptzieles — eines dauerhaften, vereinigten und unabhängigen Polens als ernstes Mitglied der Völker-Liga.

— Vor der Abreise der Kommission aus Paris stattete *Paderewski* dem Botschafter *Morgenthau* einen Besuch ab. Paderewski blieb zum Souper und verliess Morgenthau erst um die Mitternachtsstunde.

Beteiligung der Engländer.

Der Abgeordnete *Kenworthy* richtete im Unterhause an die Regierung die Anfrage, ob sie eine spezielle Kommission zur Untersuchung der Pogrome nach Polen zu entsenden gedenke, da die bisher erhaltenen Berichte nicht zuverlässig seien.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes *Harmsworth* erwiderte, dass die englische Regierung Amerika ersucht habe, ihr zu gestatten, englische Vertreter der amerikanischen Kommission beizugeben, und teilte ferner mit, dass ein voller Bericht über die Pogrome von den englischen Vertretern in Polen noch nicht erhalten worden sei. Die englische Regierung besitzt bloss eine Anzahl provisorischer telegraphischer Berichte und denkt, dass es ratsam ist, mit ihrer Publikation bis zum Empfange eines ausführlichen Berichtes zu warten.

Zionistische Delegation bei Morgenthau.

Am 14. Juli, am Tage nach seiner Ankunft, besuchte eine zionistische Delegation bestehend aus: Dr. Thon, Grünbaum, Podliszewski, Levite, Rabb. Zlotnik, Dr. Poznanski, und Dr. Klumel, den Gesandten Morgenthau. Nach der Begrüssung entwickelte sich ein Gespräch, das über eine Stunde dauerte. Am 16. Juli besuchte *Morgenthau* in Begleitung von General *Jadwin* und Dr. *Klumel,* Vorsitzender des Zentralkomitees der

Zionistischen Organisation in Polen, das Bureau der Zionistischen Organisation. Die Gäste wurden empfangen von Mitgliedern des C. K. aus Warschau und Lodz, von Abgeordneten, Stadträten und Vertretern der verschiedenen Organisationen. Nach Begrüssungsreden von Dr. Klumel, Dr. Braude, Podliszewski, Rabb. Rubinstein aus Wilna, Farbstein, Grünbaum und Dr. Gottlieb dankten Morgenthau und Jadwin für ihre Aufnahme und wiesen auf die grosse Freundschaft hin, die Präsident Wilson für das jüdische Volk hege.

Empfang jüdischer Pressevertreter durch Morgenthau.

Beim Empfang der Vertreter der jüdischen Presse, äusserte sich Morgenthau u. a.: Die Angriffe verschiedener polnischer Zeitungen machen auf mich keinen Eindruck. Es handelt sich nicht darum, ob diese oder jene Zeitung, diese oder jene Partei zufrieden oder nicht zufrieden ist mit den Aufgaben, die wir uns gestellt haben. Man darf nicht vergessen: es handelt sich nicht um Kleinigkeiten, sondern um ein grosses Problem, um Sein oder Nichtsein der Völkerliga und ihrer Macht und Kompetenz. Die Behauptungen der polnischen Presse, dass die Intervention der amerikanischen Kommission betr. der polnisch-jüdischen Beziehungen eine Verletzung der polnischen Souveränität sei, ist nicht richtig, da es doch die eigentliche Aufgabe des Völkerbundes ist, über den allgemeinen Völkerfrieden zu wachen. Die Forderung der polnischen Presse, fuhr Morgenthau lächelnd fort, dass das polnische Aussenministerium gegen unsere Anwesenheit protestieren soll, ist mehr als komisch, da die Regierung selbst uns hierher eingeladen hat.

Niemojewskis „Begrüssung" der Morgenthau-Kommission.

Der altbekannte Judenfresser *Andrzej Niemojewski*, der Begründer und Hauptvertreter des — sit venia verbo — wissenschaftlichen Antisemitismus in Polen, speit in seiner ausschliesslich für die Intelligenz berechneten „Mysl Niepodlegla" Feuer und Flamme, über die nach Polen kommende Morgenthauische Untersuchungskommission, ohne Rücksicht darauf, dass Wilson diese Kommission nur auf besonderen Wunsch Paderewskis entsandt hat. Niemojewski scheut sich dabei nicht, in einem Artikel „Die Provokations-Kommission", Präsident Wilson, den man erst vor kurzem seines „idealen Herzens" wegen so sehr in Polen gelobt hat, anzufallen und mit Beleidigungen zu überschütten. Er ist der Ansicht, dass Wilsons Worte über Ideale, Rechtlichkeit, Gleichberechtigung u. s. w. blosse Deklamationen sind und dass man die Völkerliga, die durch Wilson proklamiert werde, perhorreszieren müsse. „Wie kann man denn Zutrauen zu einem Menschen haben, der *nach Polen* eine „provokatorische Kommission" entsendet, *mit einem Juden an der Spitze*. Wir hätten das Recht, schreibt Niemojewski u. a. wörtlich, diese Kommission überhaupt nicht ins Land zu lassen, weil sie aus Leuten besteht, *die zu jenem Volke gehören, mit dem wir uns im Kriegszustande befinden*. Juden sind Spione der deutschen Armee. Die Deutschen führen mit uns Krieg und Herr Wilson schickt uns Juden, welche überall ihre krummen Nasen hineinstecken werden, die sich an die Front begeben und denen das Recht zustehen wird, unkontrollierte Telegramme abzusenden". Niemojewski verschmäht auch nicht die Verleumdung, dass Wilson durch jüdische Milliardäre gekauft worden sei. Wenn die jüdischen Milliarden an der Schwelle des weissen Hauses zu klingen beginnen, so vergisst der amerikanische Idealist seine Prinzipien von Ehre, Korrektheit und einfachster Rechtlichkeit. Wir befinden uns, wie wir schon häufig erwähnt haben, am Vorabende eines innern Krieges mit den Juden. Mit der Absendung einer solchen „Provokations-Kommission" nach Polen, wirft Präsident Wilson eine brennende Lunte ins volle Pulverfass.

— Der „Kuryer Poranny" widmet der Kommission einen Leitartikel unter der Ueberschrift „Der Friede mit Polen", worin es u. a. heisst: Die Ankunft des jüdischen amerikanischen Senators Morgenthau, macht auf uns den Eindruck, dass wir bereits in strafrechtlicher Untersuchung stehen. Der einzige Vertrag, den man uns bisher unterschreiben hiess, betrifft nicht die Garantie der polnischen Interessen, noch deren Wohl und Unverletzlichkeit, sondern die Interessen derjenigen, die sich offen und mit Starrsinn als fanatische Feinde alles Polnischen proklamieren.

— Auch der Lodzer „Rozwoj" hetzt in einem Artikel: „Und du glaubst ihm, armes Amerika" gegen die Kommission, worin es u. a. heisst: Die Delegierung einer Kommission unter Leitung des Herrn Morgenthau betrachten wir als einen gegen die Ehre des polnischen Volkes gerichteten Schlag. Von Morgenthau, einem Manne, der den Juden gut gesinnt ist, können wir keine ehrliche und unparteiische Untersuchung der von den Juden begangenen Verbrechen erwarten. Da eine gerechte Feststellung für uns von großer Bedeutung ist, bitten wir heissestens die polnische Regierung, bei der Pariser Konferenz die nötigen Schritte zu unternehmen, damit an die Spitze dieser Kommission ein vollständig unparteiischer Mann gestellt werde.

— Die „Prawda Robotnicza" veröffentlicht ein Feuilleton über „Wilsons jüdischen Bedienten" Morgenthau, in welchem es u. a. heisst: „Es stehe schlimm um das polnische Volk, wenn es erst solchen Leuten gefallen müsse, um nicht in Europa als Barbarenvolk bezeichnet zu werden." Wie verlautet, wurde diese Nummer der „Prawda Robotnicza" konfisziert.

Professor Frankfurter kommt ebenfalls nach Polen.

In einem Spezialtelegramm aus Paris vom 12. Juli wird dem „Judiszen Folk" gemeldet, dass sich Prof. *Frankfurter* in einigen Tagen nach Polen begeben wird. Seine Reise steht im Zusammenhang mit den Untersuchungen der amerikanischen Kommission. Laut Meldungen des „Hajnt" und des „Nowy Dziennik" ist diese Nachricht insoferne nicht genau, als Prof. Frankfurter nur als Privatmann nach Polen kommt.

Eine Untersuchungskommission der Liga für Menschenrechte.

Die französische Liga für die Verteidigung der Menschen und Bürgerrechte entsendet eine spezielle

Kommission zur Untersuchung der Judenverfolgungen nach Polen. Wahrscheinlich wird der sozialistische Abgeordnete *Moutet,* der sich vielfach als Verteidiger der Juden hervorgetan hat, dieser Kommission angehören. (J. Pr. St.)

Die Affäre Bogen.

Man ist in Warschau auf die Aussagen des Leiters der amerikanisch-jüdischen Lebensmittelkommission Dr. Bogen, von dem der amerikanische Gesandte in Warschau, H. Gibson, behauptete, er habe seine Berichte an die amerikanische Regierung mitunterschrieben, sehr gespannt. Man hält es in jüdischen Kreisen für unglaubhaft, dass Dr. Bogen die Pogrome in Polen in Abrede gestellt habe.

Dementi von Dr. Bogen.

Nach seiner Rückkehr aus Paris veröffentlichte Dr. Bogen am 13. Juli 1919 folgendes Dementi: Die Pressenotizen, die behaupten, dass ich als Mitglied der unter Führung des Gesandten Gibson entsandten Kommission einen Bericht unterschrieben hätte, worin gesagt wird, dass in Wilna keine Pogrome stattgefunden hätten, dementiere ich energisch. Die von mir unterschriebenen Berichte wurden dem Staatsdepartement durch den Gesandten vorgelegt und ich bin nicht ermächtigt, deren Inhalt vor der Publizierung durch das Staatsdepartement zu veröffentlichen.

Unterhandlungen des Jüdischen Komitees in Paris mit Paderewski.

Die Vertreter des „Komitees der Jüdischen Delegationen", *Sokolow* nnd *Marshall* haben *Paderewski* besucht, mit dem sie eine mehr als zweistündige Unterredung über die polnisch-jüdische Angelegenheit führten. Das Gespräch wurde während der ganzen Zeit in sehr ernstem Tone geführt und zeichnete sich durch das Bestreben aus, eine Verständigung zwischen den Juden und Polen herbeizuführen. Auf Grund dieser Besprechung hat das jüdische Komitee beschlossen, einen Brief an Paderewski zu veröffentlichen und es ist zu erwarten, dass auch Paderewski eine entsprechende Kundgebung erlassen wird. (Dos Judisze Folk.)

Louis Marshall über den Minoritätenvertrag.

Vor seiner Abreise nach Amerika erklärte *Louis Marshall,* der Vorsitzende des Komitees der Jüdischen Delegationen in Paris, dass der mit Polen abgeschlossene Vertrag von grosser historischer Bedeutung sei. Die Juden hätten das Maximum dessen erreicht, was sie unter den jetzigen Umständen erlangen konnten. Die Juden werden immer treue Bürger Polens sein. Das Komitee der Jüdischen Delegationen bleibe in Paris bestehen und wird dort seine Tätigkeit fortsetzen.

Pro Palästina.

Die jüdischen Delegationen in Paris für Palästina.

Auf Vorschlag Motzkins nahm das Komitee der Jüdischen Delegationen auf seiner am 10. Juli stattgefundenen letzten Plenarsitzung einstimmig den Beschluss an, der Friedenskonferenz namens des Komitees ein Spezialmemorandum betr. die Palästinafordungen des jüdischen Volkes vorzulegen. Die Versammlung beschloss mit Enthusiasmus, dass der Inhalt des Memorandums mit den Vorschlägen der zionistischen Organisation zusammenfallen muss. Der gegenwärtige Vorsitzende, Herr Louis Marshall, der nach Amerika abreist, nahm den Vorschlag mit grösster Sympathie auf und ermächtigte das Komitee, das Memorandum in seinem Namen zu zeichnen.

Der „Bund" für Palästina.

Endlich hat sich auch die jüdische sozialistische Arbeiterpartei „Der Bund" der Forderung nach einem jüdischen Palästina angeschlossen und ist dadurch, wenn er auch diese Forderung auf eigene Art formuliert, zum Teil ins Poale-Zionistische Lager abgeschwenkt. In dem der Friedenskonferenz überreichten Memorandum fordert der Bund, dass Palästina unter Souveränität der Liga der Nationen als unabhängiger Staat erklärt werde, die auch dessen Autonomie, Unverletzbarkeit und Neutralität garantieren soll. Falls die Liga der Nationen beschliessen sollte, einen Mandatar für Palästina zu bestimmen, so muss gefordert werden, dass die Bevölkerung Palästinas und die jüdischen Organisationen bei der Auswahl dieses Mandatars ein Votum haben und dieses Mandat keinesfalls länger als 50 Jahre dauere. Nachher soll Palästina vollständig unabhängig werden. Der Boden und die natürlichen Reichtümer Palästinas sollen nationalisiert werden. Die grossen Güter sind zu verteilen, wobei ihre Eigentümer event. eine Entschädigung erhalten können. Die Besetzung des Landes und ähnliche Fragen sollen von der Regierung Palästinas gemeinschaftlich mit einer „Exekutive des Jüdischen Volkes", die die demokratischen jüdischen Organisationen der ganzen Welt vertritt, kontrolliert werden. Der arabischen Bevölkerung Palästinas soll vollste Autonomie in religiösen, kulturellen und sozialen Angelegenheiten zugesichert werden.

Memorandum der Szlome Emune Jisroel.

Die Pariser Delegation der „Szlome Emune Jisroel" hat der Friedenskonferenz ebenfalls ein Memorandum über die Rechte der Juden in Polen überreicht, wobei sie sich auf das Programm der von ihr vertretenen Partei und auf die von den orthodoxen Vertretern im Landtag abgegebene Deklaration stützt. Im Memorandum wird nachgewiesen, dass die Juden ein einheitliches Volk mit besonderer Eigenart bilden. Es wird darin auch ausgedrückt die Forderung der Orthodoxie nach vollständigen garantierten politischen und bürgerlichen Rechten, religiös-kultureller Autonomie und Freiheit der Entwicklung der jüdischen Gemeinden, mit einem öffentlich-rechtlichen Oberrat an der Spitze. Die religiösen Ueberzeugungen dürfen kein Hindernis bilden beim Genuss der politischen und bürgerlichen Rechte, wie auch bei der Bekleidung von Regierungsstellen. Die jüdischen Schulen und Wohltätigkeitsanstalten sollen diejenigen Summen aus den Regierungs- und kommunalen Budgets erhalten, die dem tatsächlichen Bestand und den Bedürfnissen der jüdischen Bevölkerung

entsprechen. Besonders ausführlich motiviert werden in diesem Memorandum die Forderungen der Sabbatruhe und es wird verlangt, dass Juden nicht dem gesetzlichen Zwang der Sonntagsruhe unterstellt sein sollen.

Auf Grund dieses Memorandums wurde die Delegation von der Friedenskonferenz zu einer Besprechung eingeladen, und es wurde über die berührten Fragen mehrere Stunden konferiert. (Moment.)

Die Forderungen der Juden Estlands.

Vom 11. bis 16. Mai fand in Reval ein Kongress der auf Grund eines demokratischen Wahlrechts reorganisierten jüdischen Gemeinden statt. Die vom Kongress gefassten Resolutionen fordern ein nationales Heim für das jüdische Volk in Palästina und die nationale Autonomie der Juden in Estland. Die Exekutive des Kongresses, die den Namen „Jüdischer Nationalrat" führt, ist beauftragt, sich mit den jüdischen massgebenden Organisationen der andern Ländern in Verbindung zu setzen, um gemeinsam für die Verwirklichung der jüdischen Forderungen zu wirken. J. P. St.

Die kleinasiatische Frage im englischen Unterhause.

Der Unterstaatssekretär Harmsworth hat im englischen Unterhause auf eine Anfrage erklärt, dass in Paris in Bezug auf die territorialen Fragen in Kleinasien noch keine Entscheidung getroffen wurde. Er wisse auch nicht, ob es in der Absicht der Friedenskonferenz liegt, Veranstaltungen für die direkte Befragung der Einwohner dieser Territorien zu treffen, indessen werden es die von den Türken im Laufe des Krieges massenhaft vorgenommenen Deportationen schwer machen, eine Enquete dieser Art, wenigstens im Laufe der nächsten Zeit, durchzuführen.

Achad Haam über seine „Warnung an die amerikanischen Juden".

Die von dem bekannten amerikanischen Journalisten *Bernstein* nach Amerika gekabelte Warnung Achad Haams an die amerikanischen Juden, hatte s. Z. in zionistischen Kreisen viel Staub aufgewirbelt. (Die „Jüdische Presszentrale, Zürich" hat auf diese Aeusserung Achad Haams als erste und einzige Pressagentur in No. 36 vom 29. Mai hingewiesen.) Nun veröffentlicht das New-Yorker hebräische Journal „Hatoren" eine weitläufige Erklärung Achad Haams an Schmarjahu Lewin zur Entschuldigung seiner damaligen Warnung. Nach längerer Behandlung der rein formellen Seite, worin Achad Haam behauptet, dass seine Aeusserungen mehr privaten Charakter trugen und eigentlich nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt waren — er hätte sonst auf andere Weise sich an das Publikum gewendet —, geht er auf das Meritum ein und schreibt: Nachdem die Veröffentlichung bereits ohne meinen Willen geschehen ist, muss ich zugeben, dass diese Anschauungen tatsächlich die meinen sind, obwohl ich, wenn ich selbst zum Publikum gesprochen hätte, bemüht gewesen wäre, diese präziser und angenehmer zu formulieren. Ich habe mich tatsächlich Herrn Bernstein gegenüber beklagt, dass die jüdische Presse Amerikas aus Sensationssucht nicht genügend vorsichtig im Entfachen der Volksphantasie ist. Sie bringt durch ihre Berichte das Volk zum Glauben, dass in Kürze — in einigen Tagen, Wochen oder Monaten — Palästina unser sein wird, ein richtiger jüdischer Staat, in welchem Hunderttausende Juden, die ihren Leiden entrinnen wollen, unter ihrer nationalen Fahne Rettung und Ruhe finden werden. Es scheint, dass niemand sich der grossen Gefahr bewusst wird, die dies für die Massen im Galuth wie auch für unsere nationale Arbeit in Palästina bildet. Wenn ich auch überzeugt bin, dass die an der Macht Seienden ihre gegebenen Versprechen erfüllen werden, so dürften dennoch Jahrzehnte vergehen, bis wir mit Recht einen tatsächlichen „Jüdischen Staat" werden fordern können. Im Verlauf dieser Uebergangszeit, bis wir die Mehrheit im Lande erringen, müssen unsere wichtigsten Eigenschaften, Fleiss und Geduld sein. Mit offenen Augen und ruhigem Sinn müssen wir den vor uns sich auftürmenden Berg besteigen, mit genauen und abgemessenen Schritten, mit unaufhörlichem Fleiss und Geduld, ohne Rücksicht auf Tage und Jahre. Mit blossen Träumen richtet man ein Volk nicht wieder auf.

Achad Haam schliesst mit der Bemerkung, wenn man auch die Höchstzahl der Palästina-Immigranten derzeit mit Sicherheit nicht bestimmen könne, glaube er doch nicht, dass bei dem zu erwartenden Emigrationsstrom aus den östlichen Ländern alle Emigranten Lebensunterhalt in Palästina werden finden können. Ueber die eventuellen Folgen wolle er lieber nicht sprechen; „wollen wir hoffen, dass uns der Gott Zions vor diesem schrecklichen Unglücke bewahren werde."

Die Beratung der Poale-Zion.

Das Jüdische Pressbüro, Stockholm meldet: Am 21. Juli begann in Stockholm eine Beratung des Allweltlichen Jüdischen Sozialistischen Arbeiterverbandes Poale-Zion. Von der Verbandsleitung sind anwesend: Chasanowitsch, Kaplansky, Locker und Rewuzky (früherer Minister in der Ukraine). An der Konferenz beteiligten sich Delegierte aus Deutschland (S. Rubaschow), aus Deutschösterreich (M. Kohn, Malke Schorr, Serbow und Rudel), aus Polen (Jahrblum, der auch die Pariser Gruppe vertritt) und aus der Tschechoslovakei (Rudolf Kohn). Die Delegierten Rafalkes (Warschau) und Edelmann (Lodz) sind unterwegs.

Auf der Tagesordnung stehen sehr aktuelle Fragen, wie: Die jüdische Kolonisation in Palästina, die Sicherung der jüdischen nationalen Rechte in den Ländern Ost- und Zentraleuropas, jüdischer Weltkongress, jüdischer Arbeiter-Weltkongress, die Reorganisation der Internationale usw. Die Konferenz befasst sich natürlich auch mit Organisationsangelegenheiten des Poale-Zion-Verbandes. Es wird beabsichtigt, die Konferenz im August, nach der internationalen sozialistischen Konferenz (die am 10. Aug. in Luzern stattfinden soll J.P.Z.) unter Beteiligung der erwarteten Delegierten aus Palästina, Amerika und England fortzusetzen.

Ueber die Zahl der Juden.

Bei den neuesten Berechnungen der Zahl aller in der Welt zerstreuten Juden stützt sich Davis Trietsch auf die russische Volkszählung vom Jahre 1897, wonach damals in Rußland 5 Millionen Juden lebten.

Darüber veröffentlicht A. Ch. Herrschberg eine verläßliche Nachricht, die indirekt von Baron Horaz Günzburg stammt. Als sich im Jahre 1897 bei der endgültigen Berechnung herausstellte, daß die Zahl der russischen Juden 8 Mill. betrage, entstand beim sogenannten „Jüdischen Tisch“ im Ministerium eine große Verwirrung, weil man auf eine so große Zahl nicht vorbereitet gewesen war. Bei der damaligen Stimmung des Zaren und seiner Helfeshelfer wurde befürchtet, es könne zu noch größeren Repressalien gegen die Juden gegriffen werden, um die Zahl der Juden, wie zu Pharaos Zeiten, zu verringern. Der Vorsitzende des „Jüdischen Tisches“ und seine Beamte waren Freunde der Juden und hielten, um dem vorzubeugen, bei Baron Günzburg eine Beratung ab. Ein Teil der Anwesenden behauptete zwar, daß eine so große Anzahl von Juden vielleicht eher die Regierung zwingen werde, mit den Juden zu rechnen und man deshalb in freundlichere Beziehung zu ihnen treten werde. Aber es überwog die auch vom Vorsitzenden des „Jüdischen Tisches“ vertretene Meinung, und man beschloß als Endsumme 5 statt 8 Millionen anzugeben und zu veröffentlichen. Diese Geschichte dürfte Dr. Herzl bekannt gewesen sein, da Herzl in seinen Reden stets von 8 Millionen russischer Juden gesprochen hat.

Chronik.

Litauen.

Minister Soloweitschik über die Lage der Juden in Litauen.

Einem Mitarbeiter des Wilnaer „Tog“ gegenüber, äusserte sich Minister *Soloweitschik* über die derzeitige Lage der litauischen Juden. An der Spitze aller jüdischen Angelegenheiten des jetzt am Aufbau des litauischen Staates regen Anteil nehmenden Judentums, steht das Ministerium für Jüdische Angelegenheiten, dessen Hauptaufgabe darin besteht, die jüdisch-nationale Autonomie durchzuführen. Bis dahin trachtet der Minister das jüdische gesellschaftliche Leben zu demokratisieren, die kulturelle Not der jüdischen Massen zu befriedigen, die ökonomische Lage zu verbessern und die jüdisch-nationalen Rechte zu verteidigen. Zwecks Organisierung der jüdischen Gemeinden werden in Kürze proportionelle Gemeindewahlen vorgenommen werden. Nach deren Organisierung soll eine konstitutive Konferenz einberufen werden, die einen Vertreter in die Regierung zu entsenden haben wird, da der Minister sich als einen bloss provisorischen Vertreter ansieht und der Konferenz sein Mandat zur Verfügung stellen wird. Die Frage der jüdisch-nationalen Autonomie findet derzeit bei der Regierung keinen Widerstand. Dagegen ist die rechtliche Lage der Juden in Litauen keine glänzende, besonders was die Bekleidung öffentlicher Stellen betrifft, und zwar deshalb, weil der jüdischen Intelligenz die litauische Sprache und Kultur fremd sind. Dies bessert sich jedoch von Tag zu Tag.

Im Kultusministerium befindet sich eine spezielle Inspektion für jüdische Schulen, die das ganze jüdische Bildungswesen leitet. Dies ist das exekutive Organ. Im August soll eine Konferenz der jüdischen Lehrer einberufen werden, die ein Schulsekretariat als gesetzgebendes Organ zu wählen haben wird. Auch beim Ministerium für Arbeit und soziale Hilfe organisiert sich eine Inspektion als exekutives und ein Sekretariat als gesetzgebendes Organ, denen die soziale Fürsorge der jüdischen Bevölkerung obliegen soll. Der Minister hat sich mit den wichtigsten jüdischen Organisationen Skandinaviens in Verbindung gesetzt, im Herbst eine Konferenz einzuberufen, um das jüdische Handwerk auf rationeller Grundlage wieder aufzubauen.

Da die Juden hauptsächlich in Städten wohnen, wird der Minister verlangen, dass die Wahlkreiseinteilung derartig festgesetzt werde, dass die Juden in der Konstituante eine entsprechende Zahl von Vertretern erhalten. Mit dem Antisemitismus verhält es sich verschieden. In Südwestlitauen ist das Verhältnis zwischen den Juden und Christen ein sehr gutes und kommen Fälle von Antisemitismus überhaupt nicht vor. Trauriger steht es im Nordosten; dort ist der Antisemitismus stark verbreitet, (Poniewiesch) und zwar umso schärfer je mehr man östlich und nordöstlich kommt, d. h. in Orte, wo der Grossgrundbesitz überwiegt und die Bevölkerung mehr polonisiert ist. In letzter Zeit hat auch eine regere Beteiligung der Juden am litauischen Militärdienst eingesetzt. Die letzte Mobilisierung der Intelligenz ergab fast 50 % Juden. Pässe werden in litauischer Sprache ausgegeben, während der Auszug der Vorschriften litauisch, polnisch, weissrussisch und jüdisch wiedergegeben ist. Die ökonomische Lage beginnt, wenn auch nur langsam, sich zu bessern: die Arbeitslosigkeit nimmt ab, die Städte beginnen wieder zu bauen, ein Teil der Fabriken nimmt die Arbeit wieder auf, die Lebensmittelpreise steigen nicht — alles Zeichen, dass die äussere Gefahr bereits vorüber ist.

Eine Deklaration des jüdischen Ministers in der litauischen Regierung.

Am 5. Juni hat *Dr. Soloweitschik*, Minister für jüdische Angelegenheiten, in einer Sitzung der litauischen Regierung folgende Deklaration abgegeben: „Als Ausruf des Willens und des politischen Gedankens der breiten jüdischen Massen, die mich als Ihren Vertreter delegiert haben, erkläre ich: „Seitdem die nationale freiheitliche Bewegung der Litauer eine bestimmte politische Form angenommen hat, haben die fortschrittlichen Elemente der jüdischen Bevölkerung, die die Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit der litauischen Demokratie anerkennen, Hand in Hand mit dem arbeitenden Litauen für die Befreiung dieser Gebiete zu kämpfen begonnen.“ Nach einem Ueberblick über die Lage der Juden zur Zeit der Okkupation und der Gegenwart fuhr Dr. Soloweitschik fort: „Die Juden glauben, dass sie dank der historischen Tradition und der sozialökonomischen Struktur, mit dem Lande nicht wie Fremde verbunden sein werden, sondern wie ein lebendiger Teil der Gesamtbevölkerung des Vaterlandes.“ Dr. Soloweitschik berührt sodann die antisemitische Agitation, die die finsteren und feindlichen Elemente gegen die Juden führen und die ihre Grundlage darin haben, dass der anormen Bedingung halber jede Art Handel als Spekulation und alle Juden als Spekulanten betrachtet werden. Dies wird von verschiedenen Elemen-

ten ausgenutzt, die bei ihrer Agitation von seiten der Regierung keine Störung erleiden. „Mit Rücksicht auf die grossen Interessen des Staates, schliesst die Deklaration, muss die Regierung alles beseitigen, was die enge Vereinigung der Juden mit der übrigen Landesbevölkerung stört". (Der Tog. Wilna.)

Gemeindewahlen in Kowno.

An den Wahlen zur Jüdischen Gemeinde in Kowno beteiligten sich 60% der jüdischen Bevölkerung. Gewählt wurden 16 Zionisten, 4 Misrachisten, 7 von der Achduth, 3 vom sozialistischen Block und 6 Unparteiische.

Die Zionisten bilden also zusammen mit den Misrachisten die weitaus stärkste Partei, so dass die Majorität in allen, Palästina und die hebräische Sprache betreffenden Fragen, für die zionistischen Forderungen gesichert ist.

Polen.

Neuerliche Judenexzesse in Lodz.

Am 16. Juli sind während der Vormittagstunden in Lodz neuerlich Judenexzesse ausgebrochen. Sie begannen mit Belästigungen und Bartabschneiden der die Strassen passierenden Juden und arteten in wilde Schlägereien aus. Es giebt viel Leichtverwundete und 6 Schwerverwundete, worunter 2 in Lebensgefahr schweben. Der jüdische Landtagsklub hat diesbezüglich beim Innenminister interveniert.

Zu der Verhaftung der Posener Juden.

Auf Intervention des Zentral-Komitees der Szlome Emune Jisroel bei den obersten Vertretern der Zentralregierung in Warschau wegen Verhaftung des Posener Rabbiners, *Dr. Freimann*, und vieler weiterer Notabeln in Posen, hat die Regierung mitgeteilt, dass Rabbiner Dr. Freimann bereits befreit worden sei. Ueber das Los der übrigen Verhafteten Juden haben die Lokalbehörden in Posen zu entscheiden, weshalb sich Abg. Rabb. Halpern nach Posen begeben hat, um beim Hauptvolksrat zu intervenieren.

Nach weiteren Berichten aus Posen, wurden auf Intervention der Abg. Rabb. Halpern und Farbstein beim Obersten Poln. Volksrat die verhafteten jüdischen Führer befreit.

Zum Pogrom in Zawierce.

In einer Antwort auf die Anfrage des jüdischen Landtags-Klubs wegen des Pogroms in Zawierce, verweist der polnische Minister des Innern, *Wojciechowski*, auf seine am 30. Juni erteilte Antwort auf die Interpellation des Abg. Arciszewski (siehe J. P. Z. No. 44) und fügt hinzu, dass wegen des Pogroms eine Untersuchung durch die Militärmacht geführt wird. Es sei hervorgehoben, dass die Regierung das erste Mal hier offiziell das Wort „Pogrom" gebraucht, welchen Ausdruck sie bisher stets schönfärberisch zu umschreiben pflegte.

Die Arbeitsmethode polnischer Pressagenturen.

Das „Jüdische Pressbureau Stockholm" teilt mit: Wir haben neulich das vom polnischen Informationsbureau in London verbreitete „Dokument" (auch in der „Morning Post" v. 5. Juli veröffentlicht. J. P. Z.) wiedergegeben, das dänische Diplomaten als politische Kronzeugen anführt. Das Dokument lautete:

„Wir unterzeichneten Mitglieder der dänischen Gesandtschaft in Petrograd bestätigen hiermit, dass wir Sonnabend, den 19. April, Augenzeugen von Szenen waren, in denen die jüdische Bevölkerung auf polnische Truppen auf der Eisenbahnstation in Wilna geschossen hat. Saksenberg, D. Klein, Ernst."

Wir haben uns an Herrn Professor David Simonsen in Kopenhagen, den hochangesehenen Führer der dänischen Juden um Aufklärung in dieser Angelegenheit gewandt und erhielten von ihm folgenden Bescheid:

„Es ist notorisch und wurde mir auch von höchst autoritativer Stelle bestätigt, dass die ganze dänische Gesandtschaft aus Petrograd Ende 1918 via Finnland zurückgezogen wurde. Die Herren, welche das von den Polen verbreitete Dokument unterzeichnet haben, sind der dänischen Regierung unbekannt, und die Behauptung, sie gehörten der dänischen Delegation an, ist eine Falsifikation."

Zur Sabbatruhe in Polen.

Warschau, 5. Juli. Das Organ der polnischen Agudas Jisroel „Der Jud" berichtet von der Audienz einer orthodoxen Deputation beim Ministerium des Innern in Sachen der Sonntagsruhe. An der vorangegangenen Beratung beteiligten sich auch der Ratziner Rebbe, mehrere jüdische Ratsmänner, Vorsteher sozialer Institutionen und Mitglieder der gesetzestreuen Organisation „Szlome Emune Jisroel". Man war sich darüber einig, dass die Einführung der absoluten Sonntagsruhe den völligen Ruin des jüdischen Handels bedeuten würde. Im Sinne dieser Beschlüsse wurde nun die Deputation unter Führung des genannten Rabbiners beim Minister des Innern vorstellig. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass in Lodz bereits durch den dortigen Kommissar, ohne die Gesetzwerdung des Projektes abzuwarten, die Schliessung aller Geschäfte am Sonntag verfügt worden ist. Der Minister versprach, der Frage seine volle Aufmerksamkeit zu widmen und sorgte auch dafür, dass die Lodzer Bestimmung, die den Dingen vorausgeeilt ist, fürs erste ausser Kraft gesetzt wird.

Eine industrielle Textilgesellschaft für Palästina.

Lodz. Unter Vorsitz das Herrn *Litwin* wurde eine industrielle Textilgesellschaft für Palästina gegründet. Die Aktien sind auf den Betrag von 10.000 Mk. ausgestellt. Es wurde eine Delegation gewählt, bestehend aus den Herren: Ing. Kantorowicz, Ing. Geburtsschneider, Bernstein und Dr. Syrkin, die sich demnächst nach Palästina begeben soll.

Zur Palästina-Reise der Delegation der jüdischen Vereine Polens.

Bekanntlich soll demnächst eine größere Delegation aus Polen nach Palästina abgehen, um dort Untersuchungen über Handelsbeziehungen und Kolonisationsmöglichkeiten vorzunehmen (siehe J. P. Z No. 43.). Am 10 Juli hat Abg. Farbstein im Aussenministerium die Auskunft erhalten, daß das Ministerium der Hin- und Rückreise der Delegierten keine Hindernisse in den Weg legen werde.

Konferenz der jüdischen Handwerker.

Warschau. Unter starker Beteiligung der Warschauer, sowie der Provinzvereine tagte hier die erste Konferenz der jüdischen Handwerker in Polen. Das Ministerium für Handel und Industrie war durch zwei Delegierte vertreten. An der Eröffnungssitzung nahmen mehrere jüdische Landtagsabgeordnete und Ratsmänner teil, die die Tagung begrüssten. Als der Zweck der Tagung wurde die Aufstellung von Postulaten an die Regierung bezeichnet, die angesichts der bevorstehenden kardinalen Reformen in Bezug auf den wirtschaftlichen Aufbau besonders aktuell erscheinen. Die Verhandlungen wurden in jüdischer Sprache geführt.

Liquidiernng der amerikanisch-jüdischen Lebensmittelkommission.

Laut Pariser Nachrichten wird die Tätigkeit der amerikanisch-jüdischen Lebensmittel-Kommission für Polen, in Warschau vollständig eingestellt und mit dem 1. August l. J. liquidiert werden. Die Agenden dieser Kommission sollen den lokalen Wohlfahrtsinstitutionen übertragen werden.

Warschau. Auf der Sitzung der landtäglichen Kommission für Bildungswesen vom 9. Juli wurde auch die Angelegenheit der Revidierung des provisorischen Dekrets über die jüdischen Gemeinden in Polen besprochen. Die Kommission beschloss die Erledigung dieser Angelegenheit zu verschieben, bis die mit § 93 des Friedensvertrages in Verbindung stehenden Fragen ihre Erledigung gefunden haben.

— Für die Tschlenow-Kolonie werden in Polen neben Geld- auch Wertsachen-Sammlungen veranstaltet, die im Warschauer „Hacefira“ ausgewiesen werden. Mehr als 1200 Spenden, bestehend aus goldenen Ringen, Armbändern, Ohringen, goldenen und silbernen Bechern, Chanuka-Lampen usw. sind bereits eingegangen.

Warschau. Die hiesige Vereinigung der Buchhändler, die früher keinen Unterschied zwischen jüdischen und christlichen Buchhändlern kannte, begann in der letzten Zeit die jüdischen Buchhändler zu boykottieren. Viele jüdische Buchhändler, die der Vereinigung beitreten wollten, wurden seitens der Leitung abgewiesen.

— Da das Bartabschneiden den Polen keinen rechten Spaß mehr zu machen scheint, oder mit Rücksicht auf das im Ausland hervorgerufene Echo dieser Barbarei, haben sich die Polen auf eine neue Judenquälerei geworfen. Jüdische Bahnreisende werden von mehreren Peinigern festgehalten, dje ihnen mit Gewalt Schweinefleisch in den Mund stopfen, das die Juden herunterzuschlucken unter Schlägen gezwungen werden. Ist der Lebensmittelmangel in Polen nicht groß genug, oder geht Judenhaß den Polen noch näher als der eigene Magen?

— Vor kurzem liess die Frau des verstorbenen Grafen Adam *Krasinski,* den Präses der jüdischen Gemeinde in Warschau, Herrn Rundstein, zu sich kommen und teilte ihm mit, dass sie beschlossen habe, ihr Haus in der Nowolipkigasse *zum Zeichen des Protestes gegen die Pogrome* der jüdischen Gemeinde zu schenken. In der letzten Sitzung der jüdischen Gemeinde wurde beschlossen, dieses Geschenk mit Dank anzunehmen.

Galizien.

Die jüdische Not in Ostgalizien.

In Lemberg sind von den 17000 jüdischen Familien 12000 auf die Unterstüŧung des jüdischen Rettungskomitees angewiesen. In der Provinz herrschen furchtbare Hungersepidemien, besonders in Stanislau. Rasche Hife ist dringend nötig. (J. Pr. St.)

— Wie die „Jüdische Rundschau“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist die Registrierung in Galizien abgeschlossen worden. Danach haben sich etwa 50.000 Familien, also etwa der vierte Teil aller galizisch-jüdischen Familien, für Palästina registrieren lassen.

— Laut „Nowa Reforma“ wurde in Lemberg ein neuer „Verein der Assimilanten“ gegründet, der ausgesprochen einen ausschliesslich polnischen Standpunkt vertritt. Als Präsident des Vereins figuriert Dr. Philipp Schleicher. Der Verwaltung gehören an: Dr. Wasser, Viktor Chajes, Emil Spät, Emil Jolles, Maurycy Karniol, Marceli Panet, Emil Parnes, Salomon Reis, Hermann Rubel, Salomon Ruff, Michal Ulam und Ignacy Wixel.

Russland.

Ein russischer Metropolit über die Judenfrage.

Platon *Roschdenstwensky,* orthodoxer Metropolit von Südrussland, ist nach New-York gekommen, wo er in der russischen Kirche einen Dankgottesdienst für seine Rettung aus den Händen der Bolschewisten zelebrierte. Er hat Odessa gleichzeitig mit den Franzosen verlassen. Den Reportern erklärte er, dass Russland jetzt von einer chinesischen Armee kommandiert werde. Man behauptet, dass der grösste Teil der Bolschewisten Juden seien. *Ich sage jedoch, dass die Juden darunter leiden werden, weil einige abtrünnige Juden Bolschewisten sind.* Die unwissende Masse weiss keinen Unterschied zu machen, sodass unschuldige Juden das Bad ausgiessen werden. Dies ist eine unglückliche Tatsache, die die intelligenten Juden und Russen beherzigen müssen. Ein Teil meiner Arbeit wird darin bestehen, die antisemitische Stimmung bei denen, die unter dem Bolschewismus gelitten haben, abzuschwächen.

— Die Tageszeitung „Golos Rossii“ teilt in ihrer Nummer vom 16. Juli mit, dass Stalin - Dschugaschwili, der bolschewistische Volkskommissär für nationale Angelegenheitbn ein Dekret veröffentlichte, demzufolge das Zentralbureau der jüdischen Gemeinden wie auch alle jüdischen Gemeinden auf dem gesamten Territorium Soviet-Russlands sistiert werden. In der Begründung zum Dekret wird ausgeführt, dass die jüdischen Gemeinden der Sache der Aufklärung des Proletariats hinderlich seien.

Ukraine.

Alle jüdischen Institutionen in Kiew aufgelöst.

Aus London wird der „Wiener Morgenpost“ berichtet, dass die Soviet-Regierung in Kiew ausser den Arbeitervereinen, alle jüdischen Institutionen aufgelöst hat. Alle zionistische Vereine und Organisationen wurden gesperrt.

Die Lage in Odessa.

In der Wilnaer „Jüdischen Zeitung“ schildert ein Reisender, der Odessa vor einigen Wochen verlassen hat, die dortige Lage. Als die Bolschewisten gegen Mitte des Winters Odessa besetzten, trafen sie dort einige angesehene kadetische und oktobristische Führer an. Auch einige Führer der „Schwarzen Hundert“ befanden sich dort. Die Bolschewisten liessen sie unbehelligt. Alle, darunter auch Puryschkiewitsch, konnten nach Bessarabien und Rumänien flüchten. Ein Teil der reichen Odessaer Juden befand sich auf den Schiffen der Alliierten. Die französischen Matrosen versuchten anfangs unter dem Einfluss der kommunistischen Agitation sie von den Schiffen zu vertreiben. Es gelang ihnen jedoch sich mit Geld loszukaufen, sodass die Franzosen sie schliesslich doch mitnahmen. — Das jüdische gesellschaftliche Leben ist fast ganz abgestorben. Der grösste Teil der Führer ist geflüchtet und die Stimmung in den jüdischen Kreisen ist gedrückt. Die Nachricht, *Zlatapolsky* sei von Bolschewisten verhaftet worden, stimmt nicht, da er beim Einmarsch der Bolschewisten sich mit seiner Tochter bereits in Konstantinopel befand. Dagegen verhaftete man Perschitz, Zlatapolsky's Schwiegersohn.

Die Druckerei der „Moria“ wurde von Bolschewisten requiriert, die seither dort ihren „Kommunist“ drucken. Die Poale-Zionistische Zeitung „Dos Naie Leben“ hat noch früher ihr Erscheinen eingestellt. Der „Haschiloach“ erschien bis Mitte Winter. Das Lehrerseminar unter Leitung von Dr. Mohilewer arbeitet noch. Von den bekannten hebräischen Schriftstellern sind Bialik, Klausner, Pinnes und einige andere jüngere in Odessa geblieben.

— Laut P. T. A. berichten Personen, die die bolschewistische Front bei Luck überschritten haben, dass in Rowno ein Aufstand gegen die Bolschewisten ausgebrochen sei. Bewaffnete Bauern vertrieben die Bolschewisten und beherrschten eine Zeitlang die Stadt Rowno. Nach Heranziehen von Verstärkungen haben die Bolschewisten Rowno wieder besetzt, und eine grosse Zahl der Bürger, *hauptsächlich Juden, ermordet.*

Rumänien.

Die Lage der Juden in Rumänien.

Eine aus Rumänien eingetroffene, im jüdischen öffentlichen Leben stehende Persönlichkeit macht der „Wiener Morgenzeitung“ über die gegenwärtige Lage der Juden in Rumänien, speziell im Zusammenhang mit dem Judenpunkt im Friedensvertrag, folgende Mitteilungen:

Die gesamte rumänische Oeffentlichkeit, die grossen politischen Parteien wie die Presse, verhalten sich gegenüber dem sogenannten „Judenpunkt“ im Friedensvertrag *ablehnend.* Sogar die sogenanten liberalen Kreise sind für die entschiedene Zurückweisung jeder Kontrolle durch den Völkerbund hinsichtlich des Minoritätenschutzes. *Bratianu* will nach wie vor nichts davon hören.

Die wirtschaftliche Lage der Juden Rumäniens muss als ungünstig bezeichnet werden. Speziell ist dies bei den bessarabischen Juden der Fall, da dieses Land sich noch immer unter militärischer Verwaltung befindet, die der Volkswirtschaft grosse Beschränkungen auferlegt. Angesichts dieser Lage ist es auch erklärlich, dass unter den breiten Schichten der jüdischen Bevölkerung die Tendenz zur Emigration aus dem Lande überhand nimmt. Besonders stark ist das Verlangen nach Palästina, für welches Tausende jüdischer Familien sich bereits durch Liquidierung ihrer Geschäfte vorbereiten.

— Aus Rumänien wird uns auf indirektem Wege gedrahtet: Dass Bratianu gezwungen war von Paris abzureisen, hat auf Rumänien einen sehr deprimierenden Eindruck gemacht, weil dadurch dem Volke die ungünstige internationale Lage des Landes klar wurde. Die Regierung beabsichtigt für den 28. Juli allgemeine Wahlen auszuschreiben, um sich so eine demokratische Legimation zu verschaffen. Bis zum 14. Juli, von welchem Tag dieser Bericht ist, sind jedoch die Wahlen noch nicht ausgeschrieben gewesen und hatte auch noch nicht die geringste Wahlbewegung eingesetzt. Der breiten Oeffentlichkeit ist von dieser Absicht der Regierung nicht das Geringste bekannt. Belagerungszustand und Zensur beherrschen weiter das öffentliche Leben. Durch die plötzliche Bekanntgabe des Wahltermins will man die Bevölkerung überrumpeln und sich auf diese Weise künstlich die nötige Majorität verschaffen. Die „Fremden“ geniessen natürlich kein Wahlrecht und so sind die Juden, trotz des neuen Dekretes, auch im jetzigen entscheidenden Momente ihrer politischen Rechte beraubt.

— Der „Temps“ vom 22. Juli veröffentlicht ein Interview der rumänischen Zeitung „Jzbanda“ mit *Maniu,* dem gegenwärtigen Minister für Siebenbürgen im rumänischen Kabinett (bisher der repräsentative Vertreter der nationalen Autonomie J.P.Z.), in dem es u. a. heisst: Es besteht hoffentlich kein Zweifel, dass Gross-Rumänien die Rechte aller Nationen und aller Konfessionen respektieren wird. Die Rechte Aller werden gleich sein. Wir transylvanischen Rumänen waren ganz unterdrückt und wir wissen aus Erfahrung, was die Unzufriedenheit einer Nationalität für den Staat bedeutet. Aus diesem Grunde protestieren wir gegen die Spezialrechte, die man den Minoritäten einräumen will! . . . Schliesslich meint Maniu: „Es gibt keine so liberale Regierug, wie die unsere“, nämlich,die Bratianus. (!) Er drückt Bratianu seine Bewunderung für dessen Haltung in Paris aus und billigt, dass Bratianu den Friedensvertrag nicht unterzeichnen will, der die Minoritätsrechte dem Schutz des Völkerbundes unterstellt.

(Dieses Interviev ist gegeben, um die französischen Leser von der liberalen Gesinnung der rumänischen Führer zu überzeugen. Maniu übersieht dabei mit Absicht, dass der Vertrag über die Minoritätsrechte den Minoritäten keine anderen Rechte einräumt, als die, welche die Majorität besitzt, bloss, daß die Minoritäten gegen Verletzungen dieser Grundrechte durch den Völkerbund geschützt werden. Wenn nun Maniu sich gegen diesen Schutz wehrt, läßt er die Vermutung aufkommen, daß er diese Gleichberechtigung nicht respektieren will, was umso charakteristischer ist, als er im ehemaligen Siebenbürgen für die weitgehendste Autonomie der Nationalitäten eingetreten ist und nicht nur besondere Kurien für die Minoritäten, sondern auch besondere Zivil- und Militär-Verwaltung für jede Nation und rumänische Regimenter mit rumänischer Kommandosprache forderte. J. P. Z.)

Ungarn.

Massenausweisungen aus Budapest.

Der neu ernannte Leiter der Kommission zur Entlastung der Hauptstadt, *Emil Horty,* äusserte sich über die bevorstehenden Ausweisungen in folgender Weise: Die erste und wichtigste Aufgabe bildet die Ausweisung der Galizianer. Wir werden jeden Galizianer ausweisen der nicht nachweisen kann, dass er sich bereits vor dem 1. November 1918 mit produktiver Arbeit beschäftigt hat. Mit den Tschechen und Polen werden Verhandlungen über die Transportart der Ausgewiesenen über die Demarkationslinie hinaus, geführt. Im schlimmsten Falle werden die Galizianer zur Zwangsarbeit angehalten werden. Ausser den Galizianern weisen wir auch diejenigen aus der Hauptstadt aus, die von einem arbeitslosen Einkommen leben. Diesen wird zum Verlassen der Hauptstadt eine Frist bestimmt.

Ein Jude Premier der ungarischen konterrevolutionären Regierung.

An Stelle des Grafen Karolyi wurde *Desider Abraham* zum Ministerpräsidenten der ungarischen antibolschewistischen Regierung ernannt.

Deutschland.

Ein jüdisches Filmamt.

An der letzten Tagung des Verbandes jüdischer Jugendvereine wurde die Schaffung eines jüdischen Bild- und Filmamtes angeregt, das folgende Aufgaben erfüllen soll: Alle bereits existierenden jüdisches Interesse berührenden Lichtbilder und Films zu sammeln, um sie der jüdischen Oeffentlichkeit und ganz besonders den Verbandsvereinen zur Belehrung zugänglich zu machen. Das zu gründende jüdische Filmamt hat die, die Lichtbilder begleitenden Vorträge, auszuarbeiten und vorrätig zu halten, durch welche es kleineren Verbandsvereinen ermöglicht wird, auch wenn sie sich einen Vortragsredner der damit verbundenen Kosten wegen, nicht leisten können, ein hierfür geeignetes Mitglied zur Erklärung der vorzuführenden Lichtbilder heranzuziehen. Die Lichtbilder und Films sind gegen ein mässiges Entgelt und Garantie der sachgemässen Behandlung den Vereinen leihweise zu überlassen. Die neue Geschäftsstelle hat zu verhindern, dass antisemitische Films in den Handel kommen oder aufgeführt werden.

Frankreich.

Erklärung Pichons.

Reuter meldet aus Paris: Eine Anzahl von Abgeordneten des französischen Parlamentes schilderte in einem an *Pichon* gerichteten Briefe die unglückliche Lage der Millionen Juden in Polen und Rumänien und forderte ihn auf, der Friedenskonferenz klar zu machen, dass die Gefühle Frankreichs den Juden gegenüber freundliche seien und dass Frankreich bereit sei, gemeinsam mit den Alliierten den religiösen Minoritäten zu helfen. *Pichon* erklärte in seiner Antwort, dass die französische Regierung alle Anstrengung gemacht habe, um eine genaue Prüfung der jüdischen Fragen zu erleichtern u. sicherzustellen, dass die Juden absolute Gleichberechtigung in den neuen und vergrösserten Staaten erhalten sollen. Die bevollmächtigten Vertreter der polnischen wie auch der rumänischen Regierung haben erklärt, dass sie bereit seien, den Juden vollständige Gleichberechtigung und Freiheit zu gewähren. Die notwendigen Garantien sind formuliert worden in Form einer Abmachung und die polnische Regierung hat diese unterschrieben nach Formulierung gewisser Vorbehalte, die in Zusammenhang mit der polnischen Konstitution stehen.

— Der Pariser Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: Am 11. Juli feierte das Kommitee der Jüdischen Delegationen auf einem intimen Bankett den Erfolg der von ihm geleisteten Arbeit, deren Schlusspunkt die von Polen unterschriebenen Klauseln über den Schutz der Minoritäten bilden. Es fügte sich, dass dies zugleich eine Abschiedsfeier für *Marshall* war, der in den nächsten Tagen nach Amerika zurückreisen sollte. Die erste Festrede hielt Sokolow, der auch der Feier präsidierte und der neben den von dem Komitee erzielten Resultaten, Marshall's Verdienste um diesen Erfolg hervorhob. Nachher sprachen Dr. Rosenbaum, Dr. Reich, Dr. Pasmanik, Dr. Syrkin, Dr. Ringel und Dr. Motzkin. Die Redner betonten auch die grossen Erfolge Sokolows und Motzkins. Marshall dankte für die ihm ausgedrückte Anerkennung und versicherte, dass das Judentum nach wie vor stets seinen Lebensinhalt bilden werde und dass ihm, so lange er atmen werde, für dieses Ziel keine Arbeit zu gross sein wird. Man beschloss, eine Gratulations-Depesche an den ersten Präsidenten des Kommitees *Julian Mack* zu senden und beide Präsidenten, Mack und Marshall, in das Goldene Buch des Jüdischen Nationalfondes einzutragen. Zum weiteren Präsidenten dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach, *Sokolow* gewählt werden.

Mandel will nach Palästina gehen.

Beim jetzigen Friedensschluss spielte der Jude *Mandel* (recte Rothschild) Clemenceau's Geheimsekretär und dessen „rechte Hand" eine viel grössere Rolle als mancher zünftige Diplomat. Anlässlich der Unterfertigung des Friedensvertrages veranstalteten seine Freunde ihm zu Ehren ein Bankett, wobei er sich laut „Wiener Morgenpost" u. a. geäussert haben soll: „Das grosse Friedenswerk, das mich so viel Mühe gekostet hat, ist beendet. Ich sehne mich jetzt ausschliesslich nach Ruhe und wäre glücklich, wenn ich ebenso wie meine östlichen Brüder zurückkehren könnte ins Land meiner Väter, nach Palästina".

— Das Pariser „Journal du Peuple" kritisiert in einem Artikel „Die bolschewistische Bewegung in Polen" sehr scharf den Abg. Libermann, den Vertreter der P. P. S. in Paris, der Nachrichten zu verbreiten gesucht hat, wonach Pilsudski ein Sozialist, Paderewski ein Liberaler und Dmowski ein Demokrat sei und dass es in Polen überhaupt keine Kommunisten gebe. „Journal du Peuple" greift auch scharf die sozialistische Fraktion im französischen Parlamente an, weil sie Libermann Gehör geschenkt und weil die „Humanité" Libermann ihre Spalten geöffnet habe. Libermann sei bloss eine sozialistische Etiquette und er verteidigt die Nationalisten, Antisemiten und polnischen Imperialisten.

Der neue Kreuzzug.

Die „Humanité“ vom 13. Juli veröffentlicht einen Warschauer Brief eines katholischen französischen Offiziers. Dieser berichtet als Augenzeuge über die Pogrome in Polen: „Worauf ich besonders hinweisen möchte, sagt er unter anderem, ist die unaufhörliche Wühlarbeit der Nationalpartei. Auch die Truppen, die in Frankreich gesammelt wurden, lassen es an aufreizenden Reden nicht fehlen und stellen sich so, als ob Dmowski sie zu einem neuen Kreuzzug entsandt hätte. Als wir durch Lodz reisten, sah ich zehn Soldaten, die einen Juden überfielen und ihm den Bart rasierten. Gestern begann wieder solch eine Hetze und sie gestaltete sich noch ärger als sonst. Ein Jude ging auf schreckliche Weise zugrunde. Die Menge steinigte ihn. Man möge nur nicht glauben, daß ich etwa erfinde. Ich habe alle diese Scheußlichkeiten mit eigenen Augen gesehen. Neben mir haben zwei Soldaten einer Jüdin, die eben ihr Kind säugte, den Arm mit einem Säbelhieb beinahe abgetrennt“ Dieser Brief ist vom 27. Juni datiert.

Ein anderer Offizier, der aus Krakau zurückkehrte, war Zeuge einer richtigen Füsillade, deren Opfer nach Dutzenden zählen. Er berichtet, daß die allgemeine Erregung noch immer im Wachsen begriffen ist. Es sei beschämend, immer wieder mittelalterliche Anklagen erneuert zu hören. Man spricht von Ritualverbrechen, Verhexung, Vergiftung. Alles wird Anlaß zu Mord.

— Die „Humanité“ meldet, dass täglich zahlreiche aus Russland stammende Juden, die seit Jahren in Frankreich ansässig seien, nach Russland abgeschoben werden. Die Liga für Menschenrechte hat dagegen Verwahrung eingelegt.

England.

Lord Reading Richter über Exkaiser Wilhelm?

Die polnischen Zeitungen begnügen sich nicht mehr mit ihrer inneren Judenhetze, sie fangen auch an, die Grossmächte wegen allzugrosser Judenfreundlichkeit anzugreifen. So schreibt die Warschauer „Prawda Robotnicza“: Da das Gericht über Wilhelm in England tagen wird, so wird auch der Vorsitzende ein Engländer sein. Wird dies aber ein „Original-Engländer“ sein? Lord Reading hiess vor kurzem noch Aisik Rufus. Das polnische Volk hätte das Recht, zu verlangen, in das Tribunal ebenfalls einen Richter zu entsenden, aber durch unsere Uebergehung haben wir nicht viel verloren, weil kein Pole, der seine nationale Würde und Ehre achtet, an einem Gerichtshofe teilnehmen würde, dessen Vorsitzender ein anglisierter Engländer ist. Ist denn England wirklich so arm, dass es keinen passenderen Vorsitzenden finden kann?

Der Anteil der Juden in der englischen Armee.

Reverend *Adler*, der Hauptrabbiner der jüdischen Soldaten und Matrosen der englischen Armee und Flotte, liess kürzlich ein Buch erscheinen mit genauen Schilderungen und Zahlen über den Anteil der Juden in der englischen Kriegsmacht. Bei Ausbruch des Krieges war natürlich die Zahl der jüdischen Soldaten und Offiziere in der „regulären“ Armee sehr gering und betrug nur gegen 600 Mann. Vor dem Kriege waren also die Juden keine „Krieger“. Ganz anders wurde es jedoch als England anfing, Freiwillige aufzubieten. Von den Rothschilds angefangen bis zu den Eastender Boys, meldeten sich die jungen Juden so zahlreich, dass vor Einführung des obligatorischen Militärdienstes, in der englischen Armee bereits zehntausend jüdische Freiwillige dienten, darunter 1400 Offiziere. In den englischen Kolonien Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Britisch-Nordindien bildeten die Juden einen grösseren Prozentsatz als ihnen laut der Zahl der Bevölkerung zukam. So meldeten sich in Australien auf ca. 19,000 Juden, 1,800 jüdische Freiwillige, von denen 250 auf den Schlachtfeldern gefallen sind. Die Zahl der Juden in England und den Kolonien beträgt gegen 420,000 Seelen, darunter natürlich eine grosse Anzahl Ausländer, die dem obligatorischen Militärdienst nicht unterworfen waren. In den verschiedenen Abteilungen der englischen Armee und Flotte gab es gegen 50,000 Juden. Dies ist jedoch das absolute Minimum, da die Religion von Tausenden nicht angegeben wurde. Die jüdischen Kriegsverluste betrugen 8,674 Mann und zwar an Toten: Soldaten 2008, Offiziere 316, und Verwundete und Vermisste 6350. Dekoriert wurde ebenfalls eine grosse Zahl von Juden, darunter mehrere mit dem Viktoria Orden, der grössten Auszeichnung Englands. Charakteristisch ist, dass die Juden ihr Heldentum hauptsächlich beim Retten der Verwundeten auf dem Schlachtfelde bewiesen und durch Mut und Unerschrockenheit dabei, die Bewunderung ihrer Vorgesetztnn erlangten.

Türkei.

— Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Besetzung der Stadt Smyrna durch griechische Truppen hat in allen Kreisen unserer Gemeinde einen tiefen und peinlichen Eindruck hervorgerufen. Sollte die Friedenskonferenz die definitive Annexion Smyrnas durch Griechenland beschliessen, so wird unzweifelhaft die dortige jüdische Bevölkerung in Massen nach anderen Ländern auswandern. Die jüdischen Organisationen im Westen sollten die Anwesenheit Venizelos in Paris benützen, um von ihm die Versicherung zu erhalten, dass die Rechte der Juden in Smyrna in vollstem Ausmasse erhalten bleiben. (Jewish Chronicle)

Amerika.

Schalom Asch in New-York.

Der bekannte jüdische Dichter Schalom Asch ist von seiner Reise durch Litauen nach New-York zurückgekehrt. In einem massenhaft besuchten Meeting im Cooper-Union-Saal erstattete er Bericht über seine Eindrücke aus dem Lande der Pogrome und schilderte die unsägliche Notlage der Juden in Wilna, Lida, Kowno usw. Er erklärte auch, Beweise dafür zu besitzen, dass die Pogromberichte bezüglich Wilnas und anderer Städte nicht übertrieben seien und dass es tatsächlich Pogrome, nicht aber Kämpfe gegen die Bolschewisten waren. Während dieser Versammlung übergab das People-Relief-Committee dem Schatzmeister des Joint Distributions-Committee, H. Warburg, 250.000 Dollar, mit der gleichzeitigen Verpflichtung, bis zum Ende dieses Jahres für den Relieffonds eine Million Dollar zu sammeln.

Protestkundgebungen in Amerika.

Der imposanten Protestkundgebung der gesamten New Yorker Judenheit gegen die Pogrome in Polen folgten grosse jüdische Protestdemonstrationen in fast allen grösseren Städten der Vereinigten Staaten, so Chicago, Boston, Pittsburgh etc. Die Demonstrationen wurden überall durch Strassenumzüge der jüdischen Bevölkerung, an denen sich auch die heimgekehrten jüdischen Soldaten und Matrosen beteiligten, eingeleitet und fanden ihren Abschluss in Massenmeetings, bei denen scharfe Protestresolutionen, die die amerikanische Regierung zum Einschreiten auffordern, angenommen wurden. (K. Z. B.)

Mesopotamien.

Die Juden in Mesopotamien.

Bei der letzten Volkszählung wurde die Zahl der Bevölkerung *Basras* mit 20.752 festgestellt, die 19 verschiedenen Völkern angehört, darunter Araber mit 10.866, Juden mit 5.966 Seelen.

Palästina.

Die interalliierte Kommission in Palästina.

Der Gouverneur von Jerusalem erliess am 7. Juli eine Kundgebung, in der es u. a. heisst:

Im Hinblick auf das baldige Eintreffen der Kommission, die von den Alliierten nach Palästina entsandt wurde, um sich über die Bestrebungen und Wünsche der Bewohner, sowie über die Gestaltung der zukünftigen Verwaltung des Landes zu informieren, wird den Einwohnern die Abhaltung ruhiger Versammlungen gestattet, um ihre diesbezüglichen Wünsche zu äussern. Die Regierung wird der Bevölkerung bei dieser Arbeit mit allen Mitteln behilflich sein. Erwünscht ist, dass die Führer der Gemeinden mit den grundlegenden Prinzipien des Mandat-Systems vertraut werden, wie sie von den Alliierten in den Friedensvertrag von Paris aufgenommen worden sind. (Gemeint ist der betreffende in der „Times" vom 8. Mai veröffentlichte Paragraph).

Es ist wichtig zu betonen, dass die Friedenskonferenz beschlossen hat: 1. Die vom türkischen Reich befreiten Gebiete erhalten die Ratschläge und Hilfe der Grossmacht, welcher das Mandat übertragen wird. 2. Das Mandat wird der Macht übertragen werden, die am weitesten fortgeschritten und dadurch berufen ist, eine solche Aufgabe zu übernehmen, d. h. einer Grossmacht. Das Verständnis für diese Prinzipien wird sicherlich bestimmte Teile der Landesbewohner daran hindern, Forderungen nach voller Autonomie, oder nach Ablehnung jedes Mandats seitens einer Grossmacht aufzustellen, Forderungen, die zweifellos vom Völkerbund abgelehnt werden würden.

Indem hiermit die Erlaubnis erteilt wird, für diesen Zweck ruhige Versammlungen abzuhalten, werden die Vorsteher der Gemeinden aufgefordert, Vorkommnisse oder Kundgebungen zu verhindern, die gegen die Ordnung und das Gesetz verstossen oder den Zweck haben, die Unzufriedenheit mit der herrschenden Macht hervorzurufen.

— Dem „Journal des Débats" wird berichtet: In Palästina ist eine amerikanische Kommission eingetroffen, welche den Auftrag hat, die Lage daselbst zu erforschen. Man kennt nicht genau die Machtbefugnisse dieser Kommission und den Zweck, den sie verfolgt, es wird indessen versichert, dass sie direkt im Namen des Präsidenten Wilson handelt und man kann beobachten, dass sie eine vollständige Enquete anstrebt, um die Wünsche der einheimischen Bevölkerung hinsichtlich der eventuellen Bezeichnung einer Schutzmacht kennen zu lernen. Auch wird die Bevölkerung durch rivalisierende Einflüsse stark bearbeitet. Bisher hat Jaffa den Schutz Grossbritanniens verlangt, während Jerusalem und Bethlehem die Vereinigung mit Syrien begehren sollen. (Siehe J.P.Z. Nr. 43.)

Das französische Blatt bemerkt dazu, was würde geschehen, wenn englische, französische und italienische Kommissionen mit der gleichen Aufgabe hinkämen. Eine solche Enquete kann doch nur widersprechende und wertlose Resultate ergeben. Die Bevölkerung Palästinas ist tatsächlich unfähig, selbst zu wissen, welches ihre politischen Wünsche sind. Ein derartiges Vorgehen reizt nur die Hoffnungen und Begierden und muss schliesslich eine gefährliche Situation herbeiführen. Eine feste, in Paris getroffene Entscheidung würde den grossen Vorteil haben, ohne Widerspruch akzeptiert zu werden.

(Was für Entscheidungen das „Journal des Débats" wünscht ist leicht erkennbar. Man braucht sich bloss des gehässigen Artikels von August Gauvain vom 28. Febr. zu erinnern, worin dieser den Zionismus als Hotelfrage bezeichnete, deren Lösung dem Touring-Club von der Friedenskonferenz übertragen werden sollte. Siehe J.P.Z. Nr. 19 vom 6. März 1919.)

Zum Artikel des „Journal des Débats" bemerkt der „Manchester Guardian", es liege da gar kein Geheimnis vor, es handle sich lediglich um die amerikanische Sektion der Kommission, welche der Rat der Vier schon vor einigen Monaten nach Kleinasien zu entsenden beschlossen hatte. Von der Kommission als solcher hat man nichts mehr gehört. Nur die Amerikaner seien hingekommen und jeder wisse von ihrer Anwesenheit in Kleinasien.

Louis D. Brandeis auf der Reise nach Palästina.

Am 3. Juli traf Oberrichter L. D. Brandeis auf seiner Reise nach Palästina in Kairo ein, wo ihm vom Zionistischen Landesverband ein begeisterter Empfang bereitet wurde, an dem auch die jüdischen Turner des „Makkabi" und die jüdischen Boy scouts mit einem eigenen Orchester teilnahmen.

Am 6. Juli traf Brandeis in Alexandria ein, wo er eine lange Unterredung mit dem Oberkommandierenden, General Allenby, hatte. Von dort begab sich Brandeis direkt nach Palästina.

Am 8. d. M. ist Brandeis in Jerusalem eingetroffen und wurde bei seiner Ankunft von den Beamten der zionistischen Palästinakommission unter Führung Friedenwalds, vom Vertreter der britischen Verwaltung

und von der medizinischen Palästinaexpedition der jüdischen Legionäre empfangen. Im Hauptquartier hatte Brandeis eine Unterredung mit den Generälen Shea und Edwards.

Besonders feierlich wurde der Vertreter der amerikanischen Judenschaft in Mozza begrüßt. Banders, sowie Jellin hielten bedeutsame Ansprachen.

Am 13. Juli stattete Brandeis der Lemmelschule einen Besuch ab. Jellin überreichte dem Gaste bei diesem Anlasse eine Begrüßungsadresse, in welcher die amerikanischen Bemühungen für Palästina während des Krieges gewürdigt werden und die Hoffnung ausgedrückt wird, Palästina werde sich günstig entwickeln. An dem Empfang nahmen alle Schichten der jüdischen Bevölkerung teil.

Am 14. Juli traf Brandeis in Jaffa ein. Auch hier wurde ihm ein festlicher Empfang bereitet. Der Chachambaschi und der derzeitige Leiter des zionistischen Palästinaamtes, Dr. Thon, hielten Ansprachen. Für die jüdische Gartenstadt Tel-Awiw, das Zentrum der zionistischen Siedlung, wurde der 14. Juli zu Ehren Brandeis als Feiertag erklärt.

— Laut der neugegründeten hebräischen Tageszeitung „Haarez“ in Jerusalem hat die Misrachi-Organisation in Palästina bei den gegenwärtig im Lande stattfindenden Wahlen zur jüdischen konstituierenden Versammlung Wahlenthaltung proklamiert und zwar deshalb, weil auch den Frauen das Wahlrecht zugestanden worden ist. (Die Wahlen sind inzwischen bis Oktober verschoben worden. J. P. Z.)

Schweiz.

Protestversammlung gegen die Pogrome.

Am 10. Juli fand in *St. Gallen* eine von einem Initiativkomitee, bestehend aus Stadtrat Scherrer, Red. Flükiger, Staatsanwalt Dr Rohner und Rechtsanwalt Dr Sennhauser einberufene Volksversammlung statt, als wuchtige Kundgebung zum Protest gegen die furchtbaren Judenpogrome in Polen. Es sprachen der Versammlungsleiter Dr. Sennhauser, Berufsberater Tanner, Frl. Bünzli und Dr. Olschwanger. Der Präsident der Auslandschweizer, Herr Grögli, erklärte die Solidarität der Auslandschweizer mit den unterdrückten Juden. Es wurde eine von Red. Flükiger begründete Resolution angenommen, die der diplomatischen Vertretung Polens in der Schweiz zu Handen der polnischen Regierung zugestellt werden soll. Die Versammlung nahm auch mit Entrüstung Kenntnis von hässlichen anonymen Schmäh- und Drohbriefen, die der Referentin Frl. Bünzli zugegangen waren. In einem mit Chabloz gezeichneten Telegramm aus Bern waren die Pogrome in Abrede gestellt worden, was an Hand des Berichtes einer Untersuchungskommission als unwahr nachgewiesen wurde.

Hetze der polnischen Presse gegen schweiz. Exportfirmen.

Der Warschauer „Prawda Robotnicza“ ist die jetzige polnische Regierung noch viel zu judenfreundlich. In täglichen Hetzartikeln sucht sie zu beweisen, dass die Juden in Polen die ganze Macht in Händen haben. So wirft sie z. B. in einem Artikel vom 17. Juni vor, dass das zur Approvisionierung Polens gebildete „Consortium Suisse d'Exportation pour la Pologne“ fast ausschliesslich aus in- und ausländischen Juden besteht, wobei sie folgende Namen angiebt: Irenée Aubry, Francis Aubry. Alfred Aldsin, Dr. Endelmann, Gebr. Seligsohn, Schwoob frères, Mauss frères, Walter Germann, Michel und Jules Bloch u. A. und schreibt weiter: Während am 26. Mai die Brotkarten nicht eingelöst werden konnten, weil infolge Wagenmangels in der Zustellung des amerikanischen Mehls eine Unterbrechung eingetreten war, gelangten 35 Waggons Schweizerwaren im Werte von 40 Millionen Mk. nach Warschau und wurden die Hoffnungen dieser Spekulanten realisiert, die aus der Schweiz Schokolade, Tuch, Wäsche, Konfektion, Thee, Sacharin, Seife, Parfümerien, Uhren, Schmuckgegenstände und ähnliche Waren waggonweise nach Polen einführen konnten.

Jugendtag der gesetzestreuen jüd. Jugendvereine der Schweiz.

Am 20 Juli 1919 fand in Zürich der von der Agudas-Jisroel-Jugend einberufene Jugendtag der gesetzestreuen jüd. Jugendvereine der Schweiz statt.

Es sprachen u. A. die Herren Botschko über die Grundlagen der Agudoh-Organisationen, Jacobsohn über Notwendigkeit einer Agudoh-Jugendorganisation. Nachmittags wurden noch verschiedene Referate über das „Lernen“, über die Palästinaarbeit und über die verschiedenen Aufgaben der Jugend- und Mädchengruppen gehalten. Sämtl. vertretene Vereine konstituierten sich zu einem „Agudoh-Jisroel-Jugendverband der Schweiz.“ Damit fand die von über 45 auswärtigen Delegierten und Gästen besuchte Tagung ihren Abschluß.

Im Anschluß daran setzte eine Aussprache mit einigen anwesenden Herren vom „Misrachi“ ein, in der die Möglichkeit einer evt. Arbeitsgemeinschaft erörtert wurde. Ein Memorandum wurde festgesetzt, daß eine gemischte Kommission die Schaffung dieser Arbeitsgemeinschaft, unter Wahrung der prinzipiellen und organisatorischen Selbstständigkeit, sowie der Parteidisziplin der einzelnen Verbände, erstreben soll.

Presse- und Verlags-Notizen.

In Nr. 31 der J.P.Z. vom 2. Mai berichteten wir, dass Herr Kaplun-Kogan als wirtschaftlicher Beirat des Osteuropa-Institutes nach Breslau übersiedelt ist. Dazu teilt uns Herr Kaplun-Kogan mit, dass er auch weiterhin Redakteur der „Neuen Jüdischen Monatshefte“ bleibt, die er von Breslau aus redigiert.

— In Lódz erscheint unter der Redaktion von Sigmund *Bromberg-Bytkowski* eine neue Monatsschrift *„Tel-Awiw“*, die der Wiedergeburt des jüdischen Volkes gewidmet ist.

— Die jüdischen Minister in der litauischen Taryba, Advokat Rosenbaum, Dr Rachmilewitsch und Gebrüder Soloweitschik treffen Vorbereitungen, um in Kowno eine jüdische Zeitung herauszugeben. Das nötige Kapital ist bereits gesammelt worden und die jüdischen Schriftzeichen werden aus Berlin bezogen.

In Warschau wurde eine Gesellschaft unter dem Namen „Das Schulbuch“ gegründet mit dem Zwecke, Lehrbücher für Elementarschulen in der jüdischen Sprache herauszugeben. Die literarische Leitung des Verlages haben: Zerubabel, Sussmann, Michalewicz, Medem, Dr. Kruk, Dr. Schipper und Noach Prilutzki übernommen.

— Die „Frankfurter Zeitung“ vom 13. Juli veröffentlicht im zweiten Morgenblatt die Novelle „Drei Köpfchen“ aus dem neuesten, demnächst bei Oesterheld & Co. (Berlin) erscheinenden Novellenbuch: „Die erste jüdische Republik“ von Schalom Alechem.

— Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ enthält in ihrem Feuilleton vom 14. Juli eine Probe „Das Lösegeld“ aus dem bei Georg Müller (München) erschienenen dritten Novellenband der Ostjüdischen Bibliothek „Adam und Eva“, des bedeutendsten Klassikers der ostjüdischen Literatur Jizchok Lejb Perez.